

Datum:	09. Dezember 2010
Medium:	der Standard

HEIMISCHE STÄDTE

Gemeinden in der "Pflegekostenfalle"

VON MARTIN PUTSCHÖGL | 09. Dezember 2010, 15:17



Das Foto vom "Frequency"-Festival 2010 täuscht ein wenig: St. Pölten ist die Landeshauptstadt mit den meisten Über-65-Jährigen.

Heimische Ballungszentren legen weiter an Bewohnern zu - Prekäre Finanzlage droht sich künftig durch Pflegeaufgaben weiter zu verschärfen

Der Zuzug in die österreichischen Ballungszentren hält an. Seit 2001 wuchsen die größeren heimischen Städte (jene mit über 10.000 Einwohnern) um rund sieben Prozent. Mit einem Plus von 17,8 Prozent darf sich Brunn am Gebirge Wachstumssieger nennen, gefolgt von Wörgl (14 Prozent) und Graz (13,7 Prozent). Die steirische Metropole ist damit auch unter den Landeshauptstädten ganz vorne, dicht gefolgt allerdings von Eisenstadt (13,4 Prozent).

Wien wuchs von 2001 bis 2010 um 9,6 Prozent, St. Pölten und Innsbruck jeweils um 5,2 Prozent. Klagenfurt (4,2), Salzburg (3,4), Linz (3,2) und Bregenz (2,6 Prozent) wuchsen nicht ganz so stark. Dies geht aus der Publikation "Österreichs Städte in Zahlen 2010" hervor, die der Städtebund gemeinsam mit der Statistik Austria am Donnerstag präsentierte.

Weniger Städte über 10.000 Einwohnern

Die stärksten Veränderungen in der Gegenrichtung - also einen Schrumpfungsprozess - gab es in drei steirischen Städten: Knittelfeld hat heute um 7,7 Prozent weniger Einwohner als 2001, auch Leoben (-4,2) und Bruck/Mur (-3,9) schrumpften vergleichsweise stark.

Weil auch das steirische Köflach geschrumpft ist und am 1. Jänner 2010 nur noch 9.829 Einwohner hatte, wurde auch der oben erwähnte "Klub" der Über-10.000-Einwohner-Städte kleiner. Er hat nun nur noch 72 Mitglieder, statt 73 im Vorjahr. (Anm.: De facto beträgt die Zahl der österreichischen Städte mit über 10.000 Einwohnern nur noch 71 statt 72. Das burgenländische Rust mit 1.878 Einwohnern besitzt nämlich eine Art Sonderstatus: Als Stadt mit eigenem Statut wird es traditionell zu den "Großen" gezählt, wie Statistikerin Eva Milota auf Anfrage von derStandard.at erklärt.)

Migration in die Zentren

Der Grund dafür, dass nicht nur die Landeshauptstädte, sondern auch deren Umland - vor allem in Wien - stark zulegte, ist rasch erzählt: Von 2001 auf 2010 stieg der Anteil aus dem Ausland zugezogener Personen in den Hauptstädten von 14,7 auf 18,8 Prozent, in den Städten zwischen 5000 und 10.000 Einwohnern aber nur von 7,2 auf 8 Prozent. "Ausländer ziehen in die Innenstädte, die Österreicher wandern ins Umland ab", bringt es Konrad Pesendorfer, Fachstatistischer Generaldirektor der Statistik Austria, auf den Punkt.

Die sozusagen an "Dienstalter" jüngste Landeshauptstadt Österreichs ist interessanterweise die älteste, was die Bewohner betrifft: Nirgends leben (prozentuell) so viele Über-65-Jährige wie in St. Pölten, nämlich 19,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die jüngste Bevölkerung gibt es im Westen, und zwar in Bregenz: 21,5 Prozent sind hier noch keine 20.

Prekäre Lage der Stadtfinanzen

Sorgen machen den Statistikern aber weiterhin die Schulden der Städte und Gemeinden. Die Pro-Kopf-Verschuldung der 72 größten Städte liegt im Durchschnitt bei 1.400 Euro, die Ausreißer nach oben wie nach unten sind aber naturgemäß zahlreich: Sankt Johann im Pongau weist mit 33 Euro die geringste Verschuldung pro Einwohner auf, Krems liegt mit 4.662 Euro am anderen, ungemütlicheren Ende der Fahnenstange.

Die Statistik Austria präsentiert auf ihrer **Website** eine interaktive Karte, auf der sich Finanzkraft und Verschuldung pro Kopf der österreichischen Gemeinden einsehen lassen. Auffällig ist dabei die Häufung der hochverschuldeten Gemeinden im nördlichen Niederösterreich, wo es zahlreiche Gemeinden mit einer Pro-Kopf-Verschuldung zwischen 5.000 und 8.000 Euro gibt.

Was die Gemeindefinanzen generell betrifft, fordert Weninger klare Bekenntnisse: "Es braucht mehr Mittel, es sind aber auch Strukturreformen nötig. Einfach nur mehr Geld ins System zu pumpen hat keinen Sinn." Mit Ausnahme des "Krisenjahres" 2009 hätten die Gemeinden bisher ihre Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt stets erfüllt - für die Zukunft sei dies aber höchst fraglich, so der Städtebund-General. Er wies darauf hin, dass die Gemeindeabgaben nur noch 22 Prozent der Einnahmen in den Landeshauptstädten ausmache - "vor zwei Jahrzehnten waren das noch 45 Prozent". Gebühren würden sieben Prozent in die Stadtkassen spülen, den großen Rest von 71 Prozent machen Ertragsanteile vom Bund aus.

Höchst unterschiedlich gestaltet sich allerdings die Ausgabenstruktur der neun Landeshauptstädte. Graz lässt sich seine Verwaltung beispielsweise annähernd doppelt so viel Geld kosten wie Klagenfurt, St. Pölten zahlt für die Kategorie "Gesundheit" dreimal so viel wie Salzburg (Statistiken siehe [hier](#)).

"Mehrfachthemen-Verbände ermöglichen"

Viel Potenzial für die Gemeindefinanzen würden die Grundsteuern - Stichwort Einheitswerte - bieten, so Weninger. Ebenso wie bei der Getränkesteuer herrsche hier aber von Seiten der Politik seit Jahrzehnten "nur noch ein Gemurkse" vor.

Einsparungspotenzial ortet der Städtebund-Generalsekretär vor allem in einer "Gebietskörperschaften-übergreifenden Zusammenarbeit" von Gemeinden - also Kooperationen, wie sie etwa in Form von Abfallverbänden bereits vorkommen. Derartige interkommunale Kooperationen sollten aber eben nicht nur jeweils für ein "Thema" (Verkehr, Müll etc.) möglich sein, "sondern es sollten auch Mehrfach-Themen-Verbände erlaubt werden", so Weninger. Städte- und Gemeindebund hätten hier bereits gemeinsam Vorschläge gebracht, wie dies umgesetzt werden könnte. Auch Bundesländer-übergreifende Kooperationen könnten in dem einen oder anderen Fall Sinn machen. Derzeit ist dies nicht möglich, weil Gemeindeverbände von der jeweiligen Landesregierung genehmigt werden müssen.

Unterschiede in der Kinderbetreuung

Der Städtebund ließ von der Statistik Austria heuer auch die Kinderbetreuungsquoten in den Landeshauptstädten erheben. Die Unterschiede sind auch hier groß: In St. Pölten sind demnach nur 11,6 Prozent der Unter-Zwei-Jährigen betreut, während es in Eisenstadt drei Mal so viele sind. In Graz sind nur 83,7 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen in Betreuung, in Linz ist es mit 98,6 Prozent fast jeder.

Neben Gesundheits- und Verkehrseinrichtungen zählt die Kinderbetreuung zu den wichtigsten Infrastrukturleistungen der Städte und Gemeinden. Die Landeshauptstädte (inklusive Wien) gaben 2009 dafür pro Kind im Durchschnitt 4.800 Euro bzw. 214 Euro pro Einwohner aus.

Der demografische Wandel wird sich aber auch hier bemerkbar machen: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist in vielen Regionen gesunken, während die Bevölkerung im Pensionsalter zahlen- wie anteilmäßig weiter stark zulegt. Weil dadurch auch die Kosten für die Pflege künftig noch stärker

ansteigen werden, warnt Weninger vor einer "Kostenfalle": "Den Pflegebereich werden die Gemeinden nicht alleine stemmen können." (Martin Putschögl, derStandard.at, 9.12.2010)

Tabelle: Bevölkerung der Landeshauptstädte 2001 - 2010

Stadt	2010	2001
Wien	1.698.822	1.550.123
Graz	257.328	226.244
Linz	189.311	183.504
Salzburg	147.571	142.662
Innsbruck	119.249	113.392
Klagenfurt	93.949	90.141
St. Pölten	51.688	49.121
Bregenz	27.456	26.752
Eisenstadt	12.856	11.334

Hintergrund: Städtebund

Der Österreichische Städtebund vertritt 246 Städte und größere Gemeinden. Die Mitgliedschaft ist freiwillig, es sind aber fast alle Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern darin vertreten. In den österreichischen Ballungsräumen leben 65 Prozent der Gesamtbevölkerung.

"Österreichs Städte in Zahlen" ist ein Kooperationsprojekt von Städtebund und Statistik Austria. Das umfangreiche Werk kann inkl. CD-ROM bei der Statistik Austria bestellt werden (35 Euro), es steht aber auch als Download zur Verfügung.